

- 2. Mai 1933 - Vor 85 Jahren verboten die Nazis die freien Gewerkschaften, besetzten die Gewerkschaftshäuser und -büros und beschlagnahmten das Vermögen der Arbeiterorganisationen.
- 4. Mai 1938 - Vor 80 Jahren starb Carl v. Ossietzky an den Folgen seiner KZ-Haft.
- 5. Mai 1818 - 200. Geburtstag von Karl Marx (gest. 14. März 1883)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den
Saalekreis

5. Ausgabe / 28. Jahrgang

08. Mai 2018

Es ist Zeit für ein neues Normalarbeitsverhältnis: Arbeit gerechter verteilen – für mehr Zeit zum Leben

Die Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger, erklären zum Internationalen Tag der Arbeit:

DIE LINKE fordert ein neues Normalarbeitsverhältnis. Das bedeutet: Tarifverträge für alle und: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit! Der Mindestlohn muss auf 12 Euro angehoben werden, Tariffucht gestoppt und Befristungen und Leiharbeit abgeschafft werden. Ein Neues Normalarbeitsverhältnis stoppt den Dauerstress und ermöglicht für alle Beschäftigten Arbeitszeiten, die um das Leben kreisen. Das gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird. Ein Neues Normalarbeitsverhältnis soll Arbeit gerecht verteilen - mit einer kurzen Vollzeit mit Arbeitszeiten zwischen 28 und 35 Stunden.

Katja Kipping: "So wie zu Zeiten Karl Marx', dessen 200. Geburtstag wir am 5. Mai feiern, sieht die Arbeiterklasse nicht mehr aus. Sie ist weiblicher, sie ist migrantischer. Man findet sie nicht nur in der Automobilfabrik oder im Tagebau, sondern auch im Krankenhaus, an der Kasse im Supermarkt oder auf dem Fahrrad mit einem Rucksack voll Sushi. Doch auch wenn die Arbeiterklasse heute anders aussieht, ihre Kämpfe sind doch die selben geblieben. Heute haben wir trotz der 40-Stunden-Woche als Normalarbeitsverhältnis ein ziemliches Ungleichgewicht in der

Verteilung von Arbeit."

Bernd Riexinger: "Die Große Koalition ändert nichts an Niedriglöhnen und Tariffucht. Bei der Arbeitszeit geht sie in die falsche Richtung: statt krank machenden Dauerstress zu bekämpfen, will sie längere Tagesarbeitszeiten ermöglichen. Am 1. Mai machen wir als LINKE an der Seite von Beschäftigten und Gewerkschaften Druck für gute Arbeit und gute Löhne."

Die LINKE Halle war am 1. Mai mit einem Stand auf dem Marktplatz vertreten.



Aus der letzten Stadtratssitzung am 25. April 2018

Nun ist er endlich beschlossen – der Ehrenkodex für die Stadträte. Inhaltlich geht es darum, dass die Stadträte noch mehr Transparenz zulassen. So ist z.B. in diesem Beschluss enthalten, dass die Mitglieder des Stadtrates kein Geld, keine unangemessenen Sachgeschenke oder andere unangemessene Vorteile annehmen, die ihnen auf Grund ihrer Mitgliedschaft im Rat angeboten werden. Festgelegt ist somit auch, dass die Stadträte einmal jährlich über die ausgeübten Berufe, ihre Mitgliedschaften in Kontrollgremien oder Unternehmen sowie ihre Funktionen in Vereinen etc. berichten. Diese Ergebnisse sollen auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) sichtbar sein. Wie konkret das Ganze wird, muss noch beredet werden. Die CDU/FDP-Fraktion hat gegen den Kodex gestimmt bzw. gab es auch Stimmenthaltungen. Der Grund dafür war vor allem aus ihrer Sicht darin zu sehen, dass der Ehrenkodex ein neues bürokratisches Gremium und nicht handhabbar sei.

Beschlossen wurde im Stadtrat, dass ehrenamtliche Integrationslotsen eine Aufwandsentschädigung von 200 EUR erhalten. Integrationslotsen wurden zur Unterstützung von Geflüchteten im eigenen Wohnraum eingesetzt. Sie helfen den Asylsuchenden oder Geduldeten dabei, sich im Alltagsleben zurechtzufinden; das heißt, sie geben konkrete Hilfe und Unterstützung zur Einhaltung der Hausordnung, der Mülltrennung, unterstützen bei der Suche nach einer Beschäftigung u.a.m. Die erforderlichen finanziellen Mittel bekommt die Stadt Halle vom Land Sachsen-Anhalt erstattet auf der Grundlage einer verabschiedeten Richtlinie...

Ebenfalls beschlossen wurde, dass vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln sowie Kostenanerkennung für die Maßnahmen aus dem Stadtbauprogramm „Soziale Stadt Fördergebiet Halle-Neustadt“ das Dach und die Fassaden des Peißnitzhaus saniert werden. Das wäre natürlich eine tolle Sache! Das Peißnitzhaus hat sich zu einem interessanten Freizeit- und Erholungsort entwickelt und wird vor allem von Familien stark frequentiert.

Diskussionen – und mehrheitlich keine Zustimmung aus unserer Fraktion – gab es zur Vorlage „Absichtserklärung zur Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer regionalpolitischen Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-

Kanal““. Warum sind wir dagegen? Inhalt dieser Idee ist, dass Halle mit Leipzig den Saale-Elster-Kanal ausbauen will, der Wassertourismus gestärkt werden soll. Anja Krimmling-Schoeffler äußerte sich für unsere Fraktion so: „Hier geht es um die Investition einer dreistelligen Millionensumme. Die Kosten werden nie einspielbar sein, deshalb sagen wir NEIN. Außerdem wird ein Vogelschutzgebiet zerstört. Thomas Schied ergänzte, dass das Projekt nicht nötig sei. Es gäbe auch wenig touristische Highlights am Rande des Kanals.

Das Nova Eventis wird als solches aber aufgeführt. Satirische Bemerkung: „Dann können wir mit dem Paddelboot zum Shoppen fahren“.

Auch dem Beschluss zum Bau einer neuen Schule am Holzplatz wurde – wenn auch mit vielen kritischen Hinweisen – zugestimmt. Wir benötigen diese Schule zunächst als Ausweichquartier für andere Schulen, die saniert werden und letztlich soll eine neue Schule Einzug halten. Die Kritik bezog sich vor allem auf die Art und Weise des Umgangs mit den Vorlagen. Es war wenig Zeit, sich intensiv mit den Bauunterlagen etc. zu beschäftigen.

Auch dem Beschluss zur Sanierung der Grundschule Albrecht Dürer wurde zugestimmt.

Unser Antrag, der sich auf einen eventuellen Verwaltungsstandort in Halle-Neustadt (Scheibe A) bezog, wurde mehrheitlich angenommen. Er beinhaltet u.a., dass die bisherige sozialräumliche Standortverteilung (Beschluss der Jugendhilfeplanung) erhalten bleibt und das „Haus der Wohnhilfe“ als solches erhalten bleibt und nicht an „den Rand der Stadt“ verdrängt wird...

Auch der Antrag „Bibliotheksausweis in jede Schultüte“ ist zu einem Abschluss gekommen, aber mit Änderungen! Er kommt jetzt nicht in die Schultüte, sondern der Bibliotheksausweis wird den Kindern in Form eines Antrages zum Halbjahreszeugnis übergeben.

Übrigens gab es im Stadtrat nach dem Bericht des OB einen heftigen Schlagabtausch. Der OB informierte über weitere Interessenten, die Flächen am Riebeckplatz kaufen wollen. Er betonte, dass es Sinn mache, zu verkaufen, weil die Wirtschaft wachse und man nicht wisse, ob es so bleibe.

Die Kritik der Stadträte aller Fraktionen folgte. Bodo Meerheim kritisierte den OB wie folgt: „Was Sie hier

zelebrieren, ist die übliche Methode: Versprechen, vorbei an allen anderen, den Stadtrat unter Druck setzen. Und wenn er auch nur sagt: Halt, wir wollen mitgehen, fangen Sie an zu rufen „Halt! Das sind die Verhinderer!“ Bodo verwies auf den Beschluss zum ISEK und einen beschlossenen Rahmenplan. Der OB meinte, dass sich dieser Plan durch die Kaufangebote überholt hätte und an Bodo gerichtet meinte er, dass

Bodo „Showelemente“ lassen sollte und sich vielmehr darüber freuen sollte, dass etwas passiert. Diese Debatte – auch mit Äußerungen anderer Fraktionen, ging weiter.

Die Vorlage zum Verkauf kommunaler Grundstücke (Riebeckplatz) im nicht öffentlichen Teil wurde durch den Stadtrat zurückgestellt.

Ute Haupt, Stadträtin

Kommunikationstraining für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und Menschen, die es werden wollen

26. Mai und 02. Juni 2018 im Linken Laden

Im kommenden Jahr finden in Sachsen-Anhalt die Kommunalwahlen statt.

Wir möchten mit diesem Kurs angehende oder schon verankerte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker befähigen oder sicherer machen in freier Rede, dem Abgeben von Statements oder dem Geben von Interviews. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Zu unserem letzten Wochenendseminar 2017 in Naumburg haben wir diesen Kurs in Kurzform angeboten und er kam so gut an, dass wir uns entschlossen haben, diesen nochmals und in längerer Form anzubieten. Der Kurs wird geleitet vom erfahrenen Kommunikationswissenschaftler Klaus-Werner Müller (M.A.), der uns schon im November als Referent zur Verfügung stand.

Klaus-Werner Müller ermöglicht uns, diesen Kurs an zwei Orten, Magdeburg und Halle anzubieten. Zudem können wir zwei Termine in Halle anbieten, so dass wir glauben, dass alle Interessierten die Möglichkeit haben, teilzunehmen. Neugierig geworden? Dann erwarten wir Sie gerne zu einem der Termine.

Ablauf der Veranstaltung:

Beginn 10:00 Uhr

- Einführungsvortrag zu Rhetorik und Kommunikation

- Verteilung des Handouts

- Individuelles Rhetorik- und Kommunikationstraining
sowie

- Aufzeichnung mit Video/Audio und Analyse

Gegen 12:30 Uhr Mittagspause

Bis ca. 16:00 Uhr - Fortsetzung des individuellen Rhetorik- und Kommunikationstrainings
sowie Aufzeichnung mit Video/Audio und Analyse

- Abschlussbesprechung

Anmeldung per Mail: info@kf-st.de, Anmeldung telefonisch: 0391 734 82 00

Ansprechpartner: Swen Knöchel / swen.knoechel@kf-st.de / 0171 37 880 53

<https://www.kf-st.de/termine/termindetail/news/kommunikationstraining-fuer-kommunalpolitikerinnen-und-kommunalpolitiker-und-menschen-die-es-werden-1/>

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

DIE LINKE Saalekreis

Leitergasse 4

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

03.05.2018

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 07.06.2018

Viele neue Stellen schaffen

Proteste gegen Pflegenotstand zeigen Wirkung. Doch die geplanten Maßnahmen der Regierung reichen nicht. DIE LINKE macht Druck für gute Pflege

VON BERNDRIEXINGER

In der Pflege herrscht seit Jahren Notstand. Gesundheit und Menschenwürde bleiben in unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen oft auf der Strecke. Der Grund: Es fehlen mindestens 140.000 Pflegekräfte. Über Jahre hat die Bundesregierung eine Politik betrieben, die die Pflege von Menschen Wettbewerbsfähigkeit und Profit unterordnet. Vor den schrecklichen Auswirkungen des Pflegenotstands hat sie die Augen verschlossen.

Mittlerweile zeigen Medienberichte über Skandale, Proteste und Streiks von Pflegekräften – und die Kampagne der LINKEN – Wirkung: Merkel und die Große Koalition mussten handeln und mehr Geld für die Pflege bereitstellen, obwohl sie das lange nicht vorhatten. Die von der Großen Koalition beschlossenen Maßnahmen reichen aber bei weitem nicht aus, um den Pflegenotstand zu stoppen.

Für die Krankenhäuser hat die Große Koalition keine ausreichenden und verbindlichen Mindestpersonalregelungen beschlossen. In den Altenpflegeeinrichtungen will die Bundesregierung gerade mal 8.000 neue Stellen schaffen – das ist weniger als eine zusätzliche Pflegekraft pro Einrichtung. Damit alte und pflegebedürftige Menschen endlich mehr Zuwendung bekommen, braucht es dringend mehr Personal! Damit mehr Menschen für den Pflegeberuf gewonnen werden können, müssen Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Ausbildung verbessert werden.

Dreiviertel aller Pflegekräfte geben an, dass sie bei ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen nicht bis zur Rente durchhalten können. Kranken- und AltenpflegerInnen sind weitaus häufiger krank als die Angehörigen anderer Berufe. Obwohl sie alles tun, damit andere gesund werden und bleiben.

Vom Pflegenotstand zum Pflegeaufstand!

Die Gesundheits- und Pflegereformen der vergangenen Jahre gingen in die falsche Richtung: Wettbewerbsfähigkeit und Profit von privaten Konzernen waren der Politik wichtiger als Gesundheit und Menschenwürde. Eine weitere Folge: Bundesweit werden immer mehr Krankenhäuser geschlossen oder privatisiert. Auch der Ärztemangel in ländlichen Regionen gefährdet die Gesundheit.

Der neue Gesundheitsminister Jens Spahn steht für diese unsoziale Politik. Aber wenn der Druck aus der Gesellschaft steigt, ist die Chance für einen grundlegenden Wandel da: Menschenwürde vor Profite.

Jetzt heißt es: Am Ball bleiben und nicht locker lassen. Mit unserer Kampagne wollen wir die Proteste von Beschäftigten, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen unterstützen. Wenn alle, denen gute Pflege und Gesundheitsversorgung am Herzen liegen, sich beteiligen, können wir Menschenwürde und flächendeckend gute Versorgung in der Pflege tatsächlich durchsetzen!

Unsere Forderungen:

100.000 Krankenpflegerinnen mehr: Um den lebensbedrohlichen Pflegenotstand zu stoppen, braucht es 100.000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern.

Gesetzlicher Personalschlüssel: Es braucht eine verbindliche Regelung, die sich am tatsächlichen Bedarf



orientiert.

Ärztmangel und Krankenhausschließungen stoppen:
Mehr Ärzte, Gesundheitszentren und Hebammen sollen kürzere Wege und kürzere Wartezeiten schaffen. Krankenhäuser müssen nicht Profit machen, sie müssen die Bevölkerung versorgen.
40.000 Altenpflegerinnen mehr: Für 40.000 zusätzli-

che Fachkräfte in den Altenpflegeeinrichtungen und eine verbindliche Personalbemessung, die für jede Schicht mehrheitlich Fachkräfte vorsieht.

Kein Lohn unter 14,50 Euro in der Altenpflege: Wir fordern einen Mindestlohn von 14,50 Euro für die Altenpflege und höhere Löhne durch einen Tarifvertrag, der flächendeckend für alle Pflegekräfte gilt.



Lesung
Am 26.05.2018
17:00 Uhr
Linker Laden Halle
Leitergasse 4
(Zugang über Geiststraße)
06108 Halle (Saale)

kommunalpolitisches forum
Sachsen-Anhalt e.V.



DIELINKEOV West / Basisorganisation Halle-Neustadt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur unserer nächsten
BO-Versammlung
am Dienstag, dem 15. Mai 2018, um 18 Uhr
im Wahlkreisbüro Hendrik Lange,
Am Gastronom 14, 06124 Halle-Neustadt

Thema: „Der Aktionsplan Ost der LINKEN“
Wir bitten Euch zugleich um Überlegungen und Vorschläge für den neu zu wählenden Sprecherrat des Ortsverbandes West, denn wir brauchen dafür dringend Verstärkung.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und bitten Euch um rege Diskussion.

Mit besten Grüßen
Euer Sprecherrat

Senioren-Cafe' am 30.05. ab 14:30 Uhr
im Linken Laden, Leitergasse 4:

„Al Andalus - ein goldenes Zeitalter“
Gen. Kamuf schildert Urlaubseindrücke aus Andalusien (Video - Vortrag)

Vorschau Juni

Senioren-Cafe' am 27.06. ab 14:30 Uhr
im Linken Laden, Leitergasse 4:

„Jenny von Westphalen (1814-1881) -
die Frau an der Seite von Karl Marx“
Vortrag von Prof. Dr. Roswitha Berndt

Initiativgruppe Riesengebirgstreffen

Malá Úpa Vom 25. - 26. August 2018
findet das diesjährige Treffen statt. Weitere
Informationen fragt ihr per E-Mail unter
RFB.Hommel@arcor oder Al-Gen@t-
online.de ab.

Streitbar, bürgernah, sachorientiert.

Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Dass im Bundestag seit Jahren Politik an den Interessen der Bevölkerung vorbei gemacht wird, ist ein wesentlicher Grund für Unzufriedenheit und fehlendes Vertrauen in die Politik. In Kombination mit der intransparenten Art und Weise, wie manche Entscheidungen – zum Beispiel zur Bankenrettung, zur Dieselaffäre oder zu Rüstungsprojekten – zustande kommen, entsteht Misstrauen und Ablehnung gegenüber der Politik der Bundesregierung, aber auch gegenüber der Demokratie an sich. Spätestens nach der letzten Bundestagswahl dürften auch viele in Union und SPD mitbekommen haben, wozu das führen kann. Gerade in einer Zeit, in der das Parlament als Bühne von Hassreden, Fakenews und Verunglimpfungen missbraucht wird, sollten sich die demokratischen Parteien zusammenraffen. Denn klar ist auch: 70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes muss die parlamentarische Demokratie, müssen Menschenwürde, Rechts- und Sozialstaat mehr denn je gegen Angriffe von rechts verteidigt werden.

Wer Misstrauen und Vorurteile gegenüber der parlamentarischen Demokratie bekämpfen will, muss sie erfahrbarer machen. Es gilt, strukturelle Veränderungen im parlamentarischen System durchzusetzen, die Politik und Demokratie transparenter, nachvollziehbarer, ehrlicher und attraktiver machen. Als Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion habe ich deswegen kürzlich ein Konzept mit sieben konkreten Vorschlägen für eine Parlamentsreform vorgestellt. Hier das Wichtigste in aller Kürze:

1. Debattenskultur lebendiger gestalten.

Der Bundestag muss wieder der Ort der gesellschaftlichen Debatte und des Streits um die besten politischen Lösungen sein. Dort muss eine wirkliche Auseinandersetzung stattfinden, nicht in geschlossenen Regierungs- oder Koalitionsrunden. Die Redezeiten müssen radikal neu verteilt und der Opposition mehr Platz eingeräumt werden.

2. Öffentlichkeit zulassen. 365 offene Tage - im Jahr.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel zu mehr Transparenz. Dazu gehört: Grundsätzlich öffentlich tagende, im Internet übertragene Ausschüsse und eine proaktive Veröffentlichung der Dokumente und Protokolle des Parlaments und seiner Ausschüsse.

3. Regierungskontrolle stärken. Vertrauen ist gut. Öffentliche Kontrolle ist besser.

Wir wollen die Regierungskontrolle stärken und die Bundeskanzlerin und die Bundesminister*innen höchstpersönlich bei Fragestunden antworten lassen. Auf Themen, die aus dem Parlament kommen, statt – wie jetzt – vorher von der Bundesregierung vorgegeben werden.

4. Interessen besser aufzeigen. Vertrauen (zurück-) gewinnen.

Eines der wichtigsten Projekte, wie die jüngsten Korruptionsvorwürfe in der parlamentarischen Versammlung des Europarats zeigen, ist eine konsequente Kontrolle von Lobbyisten mit einem verbindlichen, sanktionsbewehrten Lobbyregister und der Verpflichtung von Abgeordneten, Einnahmen auf Euro und Cent genau zu veröffentlichen.

5. Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen.

Eine Reform der Abgeordnetenversorgung durch Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung macht doppelt Sinn: Sie schafft Vertrauen durch Glaubwürdigkeit und das verbessert die notwendige Solidarität innerhalb der Gesellschaft.

6. Bürger*innen mehr zuhören.

Der Bundestag muss auch für die sog. „kleinen Probleme“ ansprechbarer sein. Den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören, muss einen viel größeren Stellenwert bekommen. Die Umsetzung eines Online-Portals als Diskussions- und Beteiligungsforum geprüft werden.

7. Versorgungsmentalität abbauen

Die Parlamentarischen Staatssekretäre gehören abgeschafft. Sie sind für die parlamentarische Arbeit nicht nötig und dienen letztlich nur der Versorgung mit gutdotierten Posten.

Bei diesen Punkten dürfen die Bemühungen um die Stärkung der Demokratie nicht aufhören, ein paar Themen möchte ich hier nur anreißen:

Wir müssen das Wahlrecht demokratischer machen. Den Bedenken gegen die Aufblähung des Bundestages ist Rechnung zu tragen. Der Frauenanteil der Abgeordneten ist signifikant zu erhöhen. Der Wahlrechtsausschluss von Menschen mit Voll-

betreuung muss wegfallen. Die Fünf-Prozent-Sperrklausel gehört abgeschafft. Wir wollen das Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr. Die Beteiligung durch direkte Demokratie muss ausgebaut werden, denn Demokratie erschöpft sich nicht in zwei Kreuzen alle vier Jahre. Außerdem muss die Parteienfinanzierung strikt

begrenzt und transparenter werden.

DIE LINKE hat den Aufschlag zu einer Parlamentsreform gemacht, jetzt ist es an den anderen Fraktionen, sich dieser Initiative im Sinne der demokratischen Erneuerung anzuschließen.



Liebe*r Genoss*in,

leider hat der Referent für unsere nächste Ortsverbandssitzung am 15. Mai abgesagt, deshalb haben wir uns überlegt praktisch zu werden!

Der Sprecher*innenrat hat sich überlegt, anstelle der Sitzung zwei Infostände zur neuen Pflegekampagne (startet am 12.05.; www.pflegenotstand-stoppen.de) der Bundespartei durchzuführen.

Einen am Roten Turm und einen am Edeka in der Großen Ulrichstraße. Und zwar am:

Dienstag, den 15. Mai, 18 Uhr am Roten Turm, von wo wir uns aufteilen.

Dringend brauchen wir dafür Rückmeldungen, ob wir beide Stände gestemmt bekommen! Schreibt uns dazu bitte eine E-Mail an OV.Mitte@dielinke-halle.de oder sagt im LiLa Bescheid.

Und eine weitere Nachricht möchten wir euch kundtun, die Filmvorführung am Freitag, dem 04. Mai, zum „Jungen Karl Marx“ müssen wir leider verschieben, weil wir noch auf der Suche nach einem Referenten sind. Ihr werdet rechtzeitig informiert.

Euer Sprecher*innenrat
(Christian, Dirk, Ingrid und Sarah)

LINKE fordert Pflegevollversicherung

Dagmar Zoschke, (gesundheitspolitische Sprecherin)

Die Pflegeversicherung ist 1995 eingeführt worden und bereits zu diesem Zeitpunkt war klar: diese Versicherung ist lediglich eine Teilversicherung. Besonders die BeitragszahlerInnen der unteren und mittleren Einkommensschichten waren von Anfang an nicht NutznießerInnen dieser Versicherung, es war klar, der Eigenanteil den Pflegebedürftige und ihre Angehörigen erbringen müssen, wird sie bis auf Grundversicherungsniveau belasten und sie müssen deshalb Hilfe zur Pflege nach den §§ 61 ff SGB XII beantragen.

Auch bei den Verhandlungen zur aktuellen GroKo spielte die Pflegeversicherung eine Rolle. Wir finden im Koalitionsvertrag folgende Stelle:

„Wir werden sicherstellen, dass alle auch zukünftig eine gute, flächendeckende

medizinische und pflegerische Versorgung von Beginn an bis zum Ende ihres Lebens erhalten, unabhängig von ihrem Einkommen und Wohnort. Wir werden die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege sofort und spürbar verbessern. Es werden Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhausbereich ergriffen und dafür zusätzliche Stellen zielgerichtet gefördert.“

Das klingt doch erstmal gut, oder? Was wir aber gegenwärtig erleben: Schon jetzt sind alte und ältere Menschen auf Hilfe zur Pflege angewiesen. Nicht Jede(r) kann die anfallenden Kosten aus dem eigenen Budget aufbringen. Auch alle weiteren Schritte zur Umsetzung der Pflegestärkungsgesetze sind mit Finanzen, sind mit Kosten verbunden. Dies wird unserer Meinung nach die Zahl der Anspruchsberechtigten auf Hilfe zur Pflege weiter anwachsen lassen. Es wird immer offensichtlicher: die Rente reicht einfach nicht mehr aus, um den Pflegeplatz zu bezahlen. Pflege macht arm!

Keiner kann leugnen, die Pflegeversicherung ist eine Teilversicherung und trägt noch nicht einmal 50% der anfallenden Kosten. Pflege ist keine Privatsache, sondern als Gemeinschaftsaufgabe anzunehmen - sie ist Teil der Daseinsvorsorge. Wir fordern sowohl im Deutschen Bundestag als auch mit einem Antrag auf Bundesratsinitiative die Pflegeversicherung zu einer Pflegevollversicherung umzuwandeln. Auch diese Forderung unterstreicht noch einmal, dass mit einer solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle entsprechend ihres Einkommens einzahlen und die dann alle pflegebedingten Kosten trägt, auch eine Lösungsmöglichkeit darstellt.

#Landtagsticker - Ausgewähltes aus der Landtagssitzung

Abschaffung von Hartz IV – mit einer bedarfsdeckenden sanktionsfreien Mindestsicherung Kinder- und Altersarmut vorbeugen

15 Jahre nach der Einführung von Hartz IV macht sich endlich die Erkenntnis breit, dass dieses System gescheitert ist. Mit dieser Einschätzung verwies Monika Hohmann, Sprecherin für Sozial-, Kinder-, Familien- und Seniorenpolitik, in ihrer Rede eindringlich auf die gravierenden Folgen von Sanktionsandrohungen und Sanktionierungen für die Betroffenen an einem Existenzminimum. Wir fordern daher: „Grundrechte kürzt man nicht“. Mit diesen Bestrafungen sollen Leistungsempfänger geradezu gezwungen werden, Jobs anzunehmen, die weit unter ortsüblichen Vergütungen liegen. Das schafft einen Niedriglohnsektor und führt zu Kinder- und Altersarmut. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag die Landesregierung auf, sich im

Bundesrat mit einer Initiative für die Abschaffung von Hartz IV einzusetzen. Alle anderen Fraktionen im Landtag haben unseren Antrag abgelehnt.

Werbekampagne für Feuerwehren in der Kritik

Die deutliche Kritik der Feuerwehrverbände an der kürzlich von der Landesregierung vorgelegten Werbekampagne für die Nachwuchsgewinnung in den freiwilligen Feuerwehren haben wir zum Anlass für einen Antrag genommen. In ihrer Rede forderte Katja Bahlmann, Sprecherin für Zivil- und Katastrophenschutz, die Landesregierung daher auf, neue Werbemaßnahmen zu entwickeln und vor allem die Feuerwehrverbände in diesen Prozess stärker einzubeziehen. Der verantwortliche Innenminister Stahlknecht hatte die Kampagne aufgrund der Kritik zwar zurückgezogen, aber inwieweit die Feuerwehren tat-

DIE LINKE. Ortsverband Halle-Nord

lädt seine Mitglieder und weitere Interessierte zu seiner nächsten Zusammenkunft **für Mittwoch, 13. Juni 2018, 17 Uhr in den Linken Laden (Leitergasse 4)** herzlich ein.

Kurz nach dem Bundesparteitag werden wir mit den Delegierten Marianne Böttcher (Stattdvorsitzende) und Matthias Bode (stellv. Stadtvorsitzender) den Verlauf und die Ergebnisse diskutieren.

Der Parteitag vom 8.-10.6. in Leipzig wird sich mit politischen Herausforderungen unter dem Thema „DIE LINKE - Partei in Bewegung“ und weiteren aktuellen thematischen Leitanträgen beschäftigen sowie einen neuen Parteivorstand wählen.

sächlich einbezogen werden, werden wir genau verfolgen und dranbleiben.

Ländlicher Raum und NATURA2000

Gleich mehrere Anträge und eine Aktuelle Debatte befassten sich mit dem Ländlichen Raum, Agrar- und Umweltthemen. Die jahrelange Vernachlässigung des ländlichen Raumes hat schwerwiegende Folgen für ganze Regionen. Um diese Entwicklung aufzuhalten und wieder rückgängig zu machen, die Attraktivität zu stärken, sind Wertschöpfungsstrategien notwendig. Allerdings sind die Vorschläge der Regierungskoalition weder neu noch versprechen sie dauerhafte und nachhaltige Änderungen, wenn nicht endlich an deren Umsetzung gearbeitet wird, um langfristig Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfung zu steigern. Unter immer wiederkehrenden Milchkrisen leiden die Milchbauern im Land immer wieder und viele haben inzwischen aufgeben müssen, weil die Preise nicht mehr ihre Erzeugerkosten decken. Deshalb soll europaweit die Marktbeobachtung dazu dienen, dass bei absehbarer Unterschreitung eines auskömmlichen Erzeugerpreises ein mehrstufiges System zur Beherrschung einer solchen Krise eingeleitet wird. Dabei ergeht eine Frühwarnung, damit die erzeugte Milchmenge reduziert wird und Preiseinbrüche vermieden werden.

Das Thema NATURA2000 beschäftigt viele Menschen im Land. Allerdings hätte sich Sachsen-Anhalt bereits vor Jahren mit der Umsetzung der Naturschutzvorgaben der EU beschäftigen müssen, denn die Richtlinie stammt aus dem Jahr 2000. In einem sehr umfangreichen Beteiligungsprozess zur Erstellung der Landesverordnung haben Verbände, Verwaltungen, Land- und Forstwirte sowie AnwohnerInnen 3500 Einwendungen vorgebracht. Diese müssen nun bewertet werden. Der umweltpolitische Sprecher

Hendrik Lange sagte in seinem Beitrag zur Aktuellen Debatte unter anderem, dass Naturschutz eben nicht freiwillig, aber andererseits nur mit praktikablen Lösungen funktioniert.

Gesunde Ernährung von KiTa- und Schulkindern – Links wirkt

Im Juni 2017 hat die Fraktion DIE LINKE. einen Antrag „Gesunde Ernährung von Kita- und Schulkindern“ gestellt. Dabei geht es darum, Kinder frühzeitig an das Thema gesunde Ernährung heranzuführen. Außerdem wollen wir, dass zur Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen und auch im Sinne regionaler Wertschöpfung vor Ort Eigenversorgungseinrichtungen der Schulspeisung eingerichtet werden können. Dazu sollen EU-Mittel genutzt werden können. Da die EU Schulobst- und Schulmilchprogramm zusammengelegt hat, werden im Land Mittel frei, die aus unserer Sicht weiter für dieses Programm zur Verfügung zu stellen sind. Dieser Antrag wurde in vier Fachausschüssen diskutiert. Allerdings konnten sich weder der Bildungs- noch der Finanzausschuss dazu durchringen, unserer Forderung nach einem Investitionsprogramm für die Einrichtung von Schulspeisungen zuzustimmen. Trotzdem – Links wirkt, denn immerhin fanden die anderen beiden Punkte breite Unterstützung, weshalb diese nun von der Landesregierung umzusetzen sind. Darüber hinaus fordert er Landtag regelmäßige Berichterstattung der Landesregierung in den Fachausschüssen.

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im April 2018 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook und Twitter kann man die Debatten verfolgen.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Mai Geburtstag haben.



Post von Lene

Hallo, liebe Linke,
der Mai ist da, und das ist schön. Alles scheint in Omas und Opas Garten gleichzeitig zu blühen-kaum waren die Osterglocken verblüht, schon kamen die Tulpen und Lilien. Nun leuchten schon der blaue Flieder und die roten Pfingstrosen. Der Sauerkirschbaum blüht ganz weiß. Im Gartenteich habe ich einen kleinen Molch erspäht. Cool!

Toll war, dass auf dem Markt am 1. Mai viele Leute - natürlich auch unsere ganze Familie- zur Kundgebung gekommen waren. Der Herr Bundesarbeitsminister Heil aus Berlin hat eine Rede gehalten. Der hat so einiges versprochen, vor allem Arbeit.

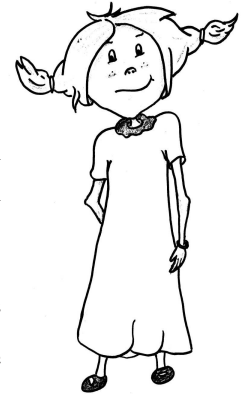
Mal sehen, ob er Wort hält. Ich denke, der braucht vor allem Druck von uns Linken, damit es keine leere Versprechungen sind. Oder? Bei uns in Sachsen Anhalt ging's ja in der AFD im Landtag hoch her. Der Herr Poggenburg ist jetzt nicht mehr Chef der Nazi-truppe, weil es wegen seiner Hetzreden sogar zu Strafanzeigen gekommen war. Papa sagte mir, dass der Poggenburg bei einer Aschermittwochrede Mitglieder der Gemeinschaft der Türken in Deutschland als Kümmelhändler und Kameltreiber beschimpft hat, die gefälligst wieder da hingehen sollen, wo sie hergekommen sind.

Das war nicht sein einziger „Ausrutscher“. Ich habe mir das abgeschrieben, damit ich nichts falsch mache. Also: Im Landtag forderte dieser Nazi in einer Rede „Linksextreme Lumpen sollen und müssen von deutschen Hochschulen verbannt und lieber praktischer

**Basistreffen BO Riebeckplatz-Hofjäger
27.06.18, ab 17 Uhr im Linken Laden
Leitergasse 4**

Gesprächsrunde mit Landesschatzmeister
Dr. Achim Bittrich über den BPT in Leipzig, den
LPT in Benndorf und aktuelle Probleme
- Gäste sind herzlich willkommen ! -

Arbeit zugeführt werden. Nehmen Sie die linksextreme Bedrohung ernst und beteiligen Sie sich an allen möglichen Maßnahmen, um diese Wucherung am deutschen Volkskörper endlich loszuwerden.“ Papa sagte mir, dass solche Begriffe aus der Nazizeit in Deutschland stammen und dass der das genau wusste. Da war er sogar für die AFD im Landtag als Chef nicht mehr tragbar und wurde abgesetzt. Jetzt ist ein Herr Kirchner an deren Spitze, aber der soll auch nicht besser sein. Papa sagte, dass er zu denjenigen gehört, die behaupten, dass die Ermordung von 6 Mill. Juden durch die Nazis eine Lüge sei. Warum darf der das ungestraft?



Tschüss Eure Lene

Als Rennrodler war Thomas Köhler einer der erfolgreichsten Sportler der DDR. An herausragender Stelle, u.a. als Trainer und Sportfunktionär, nahm er wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung des Sports in der DDR. Zurückblickend und in die heutige Zeit schauend, hat er ein bemerkenswertes Buch vorgestellt.

Sein Titel:

"Zwei Seiten der Medaille"

Genosse Dr. Thomas Köhler stellt sein Buch vor und diskutiert mit uns.

Wann: 11. Mai 2018 um 16:30 Uhr,

Wo: Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6

Es besteht die Möglichkeit das Buch zu erwerben.

Rotfuchs Förderverein e. V.
Regionalgruppe Halle

BBZ „lebensart“ e.V.

Beratungsstelle für geschlechtlich-sexuelle Identität

Internationaler Tag gegen Homo-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDAHIT) am 17. Mai in Halle

Der Arbeitskreis Queer Halle lädt alle Menschen zum IDAHIT ein: „Unser Hauptanliegen ist der Einsatz für die Anerkennung, Akzeptanz und Rechtsgleichheit vielfältiger geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen. Dieses Jahr wollen wir unter dem Motto ‚Vielfalt macht Schule‘ zeigen, wie das Thema geschlechtlich-sexuelle Vielfalt im Rahmen von Bildungsprojekten in Schulen behandelt wird. Welche Inhalte werden den Kindern und Jugendlichen vermittelt? Welche Methoden kommen zum Einsatz? Was steht in den Lehrplänen zu dieser Thematik? Welche rechtlichen Grundlagen gibt es für diese Arbeit? Diese und viele weitere Fragen wollen wir ab 15:30 Uhr auf dem Marktplatz in Halle im Rahmen von vielfältigen Mitmachaktionen beantworten. Höhepunkt ist wie jedes Jahr um 17:05 Uhr ein Rainbowflash: Vor dem Ratshof Halle lassen wir bunte Luftballons mit Botschaften für ein diskriminierungsfreies Miteinander steigen.“

Am Abend finden begleitend zwei Veranstaltungen statt. Die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt lädt ab 18:30 Uhr zu einem Vortrag „Von Mama und Mami, extra-Papas und Viertelgeschwistern - zur Pädagogik der Vielfalt in Kita und Grundschule“ (<https://www.facebook.com/events/172977006755716/>) in die Franckeschen Stiftungen (Haus 30, Hörsaal 1) ein. Die Linksjugend [‘solid] und der SDS Halle laden ab 18 Uhr zu einem Vortrag mit Alexander Zinn zum Thema „Aus dem Volkskörper entfernt“? - Homosexuelle Männer im Nationalsozialismus“ (<https://www.facebook.com/events/185351382094190/>) in den Studentisch Selbstverwalteten Raum SSR (Steintorcampus) ein.

Projekt „Passt nicht, gibt’s nicht ... typisch Halle“ - Erzähl uns DEINE Geschichte - Einsendeschluss: 30.6.2018

Trotz der vielen Jahre harter Arbeit für die Gleichstellung von Frau und Mann bleibt immer noch der bittere Nachgeschmack, dass bei genauem Hinsehen eine tatsächliche und aufrichtige Chancengleichheit noch

lange nicht gegeben ist. Besonders die sozialen Rahmenbedingungen, die sich in der Zuschreibung von typischen Rollenbildern zeigen, sowie deren Wahrnehmung und allen voran deren gesellschaftliche Wertung erschweren nicht nur die Chancengleichheit, sondern auch die individuelle Entwicklung von Mädchen/Frauen und Jungen/Männern.

Das BBZ „lebensart“ e.V. will mit seinem Projekt „Passt nicht, gibt’s nicht ... typisch Halle“ einen aktiven Beitrag zum Aufbrechen der gesellschaftlich hartnäckig verankerten Rollenstereotypen leisten. Wir wollen Mädchen und Jungen darin bestärken, ihnen helfen, unabhängig von gesellschaftlichen Erwartungen und Zuschreibungen zu selbstbestimmten und selbstbewussten Frauen und Männern heranzuwachsen. Das BBZ „lebensart“ e.V. sieht hierin eine ganz grundlegende Aufgabe seiner Arbeit, denn dort, wo keine starren und sinnfreien Rollenbilder herrschen, wird auch die Ausgrenzung gegenüber Menschen die „aus der Rolle fallen“ hoffentlich zunehmend kleiner werden.

Sei auch DU ein Vorbild für andere und erzähl uns DEINE Geschichte.

Alle Informationen gibt es hier: <http://www.bbz-lebensart.de/CMS/uploads/Protraetfragebogen%20GAP%202018.pdf>

Mit Trauer und Anteilnahme
haben wir auf das
Ableben von
Gen. Prof. Dr. Wolfhard Frost
reagiert.

Wir werden Ihm ein ehrendes
Andenken
bewahren.
Basisgruppe Kröllwitz
DieLinke

Nicht vor Trumps Karren spannen lassen

Pressemitteilung des Europaabgeordneten Helmut Scholz

Laut Pressemitteilungen bietet die EU-Kommission der US-Regierung an, als Gegenleistung für eine Verschonung der EU bei den Strafzöllen auf Stahl und Aluminium ein Handelsabkommen EU - USA abzuschließen. „Die Europäische Kommission ließe sich so quasi mit vorgehaltenem Colt zwingen, zu den Bedingungen von Trump zu verhandeln“, kritisiert der Europaabgeordnete Helmut Scholz, Handelsexperte der Linksfraktion. „Alle wissen doch, dass TTIP in unserer Bevölkerung abgelehnt wurde. Und jetzt soll Trump mit seiner Erpressung auch noch ein Abkommen zu besseren Konditionen für die USA erhalten? Ich werde Kommissarin Malmström im Handelseusschuss dazu intensiv befragen.“

Für Scholz hat diese Entwicklung ihre Vorgeschichte im letzten EU-Gipfel. „Im Beschluss des Rates liegt eine gewisse Schizophrenie: Trumps Strafzölle auf Stahl und Aluminium werden kritisiert und eine Reaktion in Übereinstimmung mit den WTO-Regeln wird sich vorbehalten. Gleichzeitig wird gefordert, der Ausnahme für die EU dauerhaften Charakter zu verleihen und der Europäische Rat erklärt den Willen zu uneingeschränkter Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten.“, fasst Scholz zusammen.

„Wie kann der Rat der Regierungen die Verstetigung einer Ausnahme von rechtswidrigen Strafzöllen fordern? Heißt das in der Konsequenz, solange die EU ausgenommen bleibt, darf Trump China und den Rest der Welt mit Strafzöllen belegen?“, hinterfragt Scholz.

„Ein Grundprinzip der Rechtsstaatlichkeit besteht in der Gleichheit aller vor dem Recht. Wir müssen bereit sein, gemeinsam mit China und allen weiterhin betroffenen Ökonomien vor der WTO gegen die rechtswidrigen Strafzölle der USA zu klagen“, fordert Scholz.

„Es ist völlig unangebracht, Trump vorausseilend Nibelungentreue zu schwören, wenn der Mann in einem Wahljahr zum Handelskreuzzug gegen China aufruft. Das liegt nicht im Europäischen Interesse.“, stellt der Abgeordnete der Linken klar.

„Gerade in Zeiten unberechenbarer und sich selbst autorisierender Handlungen von politischen Akteuren wie Trump, Erdogan, Netanjahu oder Orban brauchen wir die so notwendige Verrechtlichung internationaler politischer wie wirtschaftlicher Beziehungen und Zusammenarbeit“, betont Scholz. „Der Auftrag

für die Kommission muss klar sein: Jetzt muss die EU gegenüber China und anderen Partnerstaaten nachweisen, dass Gleichheit vor dem Recht für uns, für unsere Bevölkerung und unsere Unternehmen ein hohes Gut ist.“

Mehr Bürgerbeteiligung ist wichtiger Impuls für kommunale Arbeit

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich seit vielen Jahren für einen besseren Zugang zu direkter Demokratie ein. Mit ihrem vorgelegten Gesetzentwurf sollen die Elemente der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene ausgeweitet werden. In der gestrigen Sitzung im Ausschuss für Inneres und Sport wurden verschiedene Institutionen und Verbände sowie die kommunalen Spitzenverbände zu den vorgelegten Änderungen der Kommunalverfassung angehört. Zu der Anhörung erklärt die kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion Christina Buchheim:

„Während Vereine und Verbände mit Nachdruck bekräftigten, dass die geplanten Änderungen im Gesetzentwurf der Landesregierung ein wichtiger und notwendiger Schritt zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sind und der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE weitreichendere und favorisierende Änderungen enthält, haben die Kommunalen Spitzenverbände und der Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, Dr. Lutz Trümper, die geplanten Änderungen bei den Beteiligungsrechten der Bürger klar abgelehnt. Sie befürchten eine „deutliche Schwächung des kommunalen Ehrenamtes“. Mehr Mitwirkungsrechte der Bürger würden dazu führen, dass man immer weniger Kandidaten für die langfristige Arbeit in den Vertretungen findet.

Das mag die Ansicht der Hauptverwaltungsbeamten sein. Viele Mitglieder kommunaler Vertretungen teilen diese Aussagen nicht. Aus Gesprächen mit KommunalpolitikerInnen ist mir bekannt, dass mehr Bürgerbeteiligung wichtige und vielfältige Impulse für die kommunale Arbeit liefert. Direktdemokratische Elemente werden als Ergänzung der repräsentativen Demokratie verstanden.“

Zum Umgang mit der AfD

Durch meine Ehrenämter bin ich schon oft mit ihr in Kontakt gekommen – die AfD. Aber auch auf Arbeit und in meiner Freizeit begegnen mir Menschen, die sich sichtlich von den Parolen angesprochen fühlen. Im Freundes- und Bekanntenkreis sowie innerhalb der Partei diskutieren wir oft, wie wir den Anhängern begegnen. Das erscheint im ersten Schritt gar nicht so schwer. Mein Ziel war es bisher immer, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Ich möchte etwas über die Beweggründe wissen, was ist an der AfD anders als an den anderen etablierten Parteien? Und genau da liegt der Schlüssel; die anderen Parteien sind etabliert. Sie unterscheiden sich nicht groß voneinander. Es gibt eine Parteienelite, die sich eher mehr um das eigene Wohl und ihre Machtsicherung kümmert als um die Belange der Gesamtheit der Deutschen. Keine der bekannten Parteien grenzt sich ausreichend von dem Klüngel der anderen ab. So sehen das die Anhänger der AfD. Und ihnen ist der Inhalt des Programms der AfD egal. Sie sehen hier eine Partei, die endlich zur Sprache bringt, was die Ängste der Bevölkerung sind: diese sieht nämlich angstvoll in die Zukunft. Obwohl nicht gerade schlecht gestellt, beängstigt die Wählerschaft der AfD, dass ihr jetziger Wohlstand durch die Politik der etablierten Parteien in Gefahr ist; jetzt und in Zukunft. Denn von einer Sozialdemokratischen Partei, die Rentenkürzungen in Kauf nimmt, erwarten sie nichts mehr.

Mit diesem Hintergrundwissen kann man bereits eine Menge anfangen, wenn man auf AfD-Anhänger trifft. Aber wie sieht es damit bei den Funktionären der AfD aus? Braucht es da nicht doch mehr an Wissen? Diese Unsicherheit hat mich bewogen, mal in meinen Unterlagen zu Hause nachzuschauen. In einem großen Stapel an Broschüren liegen gesammelte Werke über den Umgang mit der AfD, Basiswissen, Programmatik, etc. Das ist ja alles gut und schön, dachte ich. Doch was nutzt es mir allein? Aus diesem Grund möchte ich Euch eine dieser Broschüren in den nächsten Ausgaben näher bringen und Euch darüber informieren, was dort alles zusammengetragen wurde.

Teil 1: Mit Rechtspopulisten debattieren?

Grundsätzlich sei festzuhalten, dass es jedem selber überlassen ist, ob er in die Debatte mit Rechtspopulisten geht. Jedoch können sich Bedingungen ändern und somit auch die persönliche Entscheidung. Solltet ihr es dennoch wagen, mit Rechtspopulisten ins Gespräch zu kommen, so beachtet dabei folgendes:

1. Begegne einer Debatte stets inhaltlich-argumentativ. Nutze die Fakten, die Du weißt. Es bringt nichts, jemanden lediglich als „rechtspopulistisch“ zu bezeichnen. Lege dar, dass die Behauptungen nicht stimmen bzw. einseitig sind.

2. Ist eine Debatte öffentlich, führe sie. Du wirst es nicht schaffen, Deinen Gesprächspartner zu überzeugen. Aber Du erreichst so Mithörende, die noch keine gefestigte Meinung haben.

3. In Situationen im Alltag – ob im Arbeits- oder Bekanntenkreis oder in sozialen Netzwerken:

a. Die Chance zu überzeugen erhöht sich dort, wo eine Beziehungsebene herrscht. Wenn man Dich mag oder von Dir als Mensch überzeugt ist, bewirkst Du mehr als im Kreise Unbekannter.

b. Habe keine Angst davor, nicht ausreichend Bescheid zu wissen. Du sollst niemanden argumentativ

mundtot machen. Komme mit den Menschen ins Gespräch, hinterfrage und kommentiere. Rassistischen und hasserfüllten Aussagen darfst Du ruhig widersprechen; nichts ist schlimmer, als sie unkommentiert stehen zu lassen. Das erachten Rechtspopulisten oft als Zustimmung.

c. Auch wenn Du von einem Thema nicht ausreichend weißt, Du kannst dennoch Aussagen entkräften, indem

i... Du auf Verallgemeinerungen hinweist („Der“ Islam)

ii... Du auf Gruppenzuweisungen hinweist („Wir“, „die“)

iii... Du auf Unstimmigkeiten in der Argumentation hinweist

iv... Du Lösungen einforderst und Konsequenzen aufzeigst

v... Du Unbehagen äußerst

vi... Du Dich positionierst und Aussagen nicht unkommentiert stehen lässt

vii... Du Haltung zeigst mit Ich-Botschaften

4. Bedenke, dass es hier nicht um einen Kampf geht, bei welchem einer gewinnen muss. Du erreichst mehr,

indem Du Dich mit Rechtspopulisten austauschst und sie anregst, sich Gedanken zum Thema zu machen. Wenn Du erreichst, dass sie sich hinterfragen und sich in einen hineinversetzen und damit ihre Einstellung überprüfen hast Du bereits viel erreicht.

5. Nichts desto trotz gibt es auch Hardliner und Funktionäre. Diese sind meistens gut geschulte Rhetoriker. Aber auch sie haben Schwachstellen; in ihren Kernthemen fühlen sie sich sicher und sind inhaltlich sehr stark. In anderen Bereichen hingegen weniger.

a. Die Gesprächsstrategie von Rechtspopulisten ist eher destruktiv. Sie wollen anklagen oder skandalöse Verhältnisse aufdecken sowie Verfehlungen von „Eliten“ und „Gutmenschen“ anprangern. Hier ist es ganz wichtig, die vermeintlichen Fakten zu hinterfragen und inhaltlich nach Lösungen für die benannten Probleme zu fragen. Stößt man zum Kern der Aussage vor, wird der Rechtspopulist meist keine Antwort geben können.

b. Beobachte Deinen Gesprächspartner genau: ist er rüde und wird persönlich oder tritt er in seiner Haltung souverän und aufgeweckt auf und gewinnt so Sympathien? Bleib bei einer sachlichen Argumentationskette und lass Dich nicht auf das Niveau Deine Gegenübers ein. Gewinne die Menge.

Für alle, die gern nachlesen wollen. Die Broschüre „Positionen, Konfrontieren, Streiten: Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“ ist bei der Amadeu Antonie Stiftung erschienen.

In der nächsten Ausgabe geht es an dieser Stelle weiter mit dem Thema: Umgang mit der Familienpolitik und den geschlechterpolitischen Positionen der AfD.

Daniela Müller
Redaktion Saalekreis

Raul Castro tritt ab. Doch was bedeutet das für das geschützte Land?

Ein Bericht

Er ist ungeschönt der Held des Landes, zumindest bei den Älteren: Fidel Castro. Noch heute ziert sein Portrait unzählige Wände und Fassaden. Dabei war er selbst gegen den Personenkult. „Seinen Namen sollte nie eine öffentliche Einrichtung, Schule oder ein Betrieb tragen“, erinnert sich sein alter Dolmetscher, der Germanist Jesus Irsula. Damals waren die Leute stolz auf ihr Land. Schule und Gesundheitsversorgung waren und sind auch heute noch kostenlos. Mit der hohen Ärztedichte wurde Cuba häufig von anderen lateinamerikanischen Staaten beneidet. Die Armen hatten ein Dach über dem Kopf. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln war und ist mit Lebensmittelkarten staatlich geregelt. Strom und Gas waren und sind subventioniert. Der Prostitution wurde unter Fidel Castro Einhalt geboten. Die Ungleichheit im Land wurde verringert und er verstaatlichte die Industrie. Und heute?

Wie sieht das Leben heute in Cuba aus?

Auf den Straßen kann man wieder Prostituierte sehen, weibliche wie männliche, die den Touristen ihren Körper für Geld anbieten. Aber nicht irgendein Geld, die harte Währung CUC. Ohne den CUC hat man es

heute schwer, in Cuba zu überleben.

In Cuba gibt es zwei Währungen; den Pesos, die ursprüngliche Währung und den CUC, der einem US-Dollar gleichgesetzt ist. Jedoch kann ein CUC nur im Verhältnis von 25 zu 1 gegen einen cubanischen Pesos getauscht werden.

Die vom Staat ausgegebenen Lebensmittelkarten reichen nicht für den ganzen Monat. Der Libreta, wie die Karten heißen, wurde in ihrer Höhe seit der Revolution nicht angepasst. Für die Bodega und den Fleischer gibt es eine Karte. Dort erhält man ein Pfund Hähnchen im Monat. Die restlichen 29 Tage muss man sich Fleisch anderswo beschaffen.

Auch ein Arzt in leitender Position klagt. Er verdiene umgerechnet nur 66 CUC im Monat. Er habe kleine Kinder. Wenn er keine Verwandte in den Vereinigten Staaten hätte, die ihm regelmäßig Geld schickten, könnte er nicht überleben.

Viele Güter des täglichen Bedarfs können nur in Devisenläden oder auf privaten Märkten erstanden werden. Dann aber zu überhöhten Preisen, wenn man die Löhne betrachtet, die der Staat in der nationalen Währung auszahlt.

Cuba zerfällt immer mehr in eine Zweiklassengesellschaft. Auf der einen Seite gibt es die je-

nigen, die vom Staat Geld beziehen. Und auf der anderen Seite die 580.000 Selbständigen, die an harte Währung kommen. Diese immer drastischer wachsende Kluft war eigentlich einer Wirtschaftsreform Raul Castros geschuldet. Er ließ verstärkt Privatinitiativen zu, um den ineffizienten staatlichen Sektor zu ergänzen und die dort notwendig gewordenen Entlassungen abzufedern. Das Fazit war ein Boom im privaten Sektor, der leider mit einem unübersichtlichen Lizenz- und Abgabensystem versehen war. Nun sollen es höhere Steuern richten sowie die erschwerte Erteilung von Lizenzen, dem Boom Einhalt zu gebieten.

Viele Cubaner sind auf die Hilfe ihrer nach Europa oder den USA ausgewanderten Verwandten angewiesen. Rund 2 Millionen leben in diesen wirtschaftsstarke Ländern und überweisen regelmäßig Gelder in die Heimat. Raul Castro hatte zwar angekündigt, die zwei Währungen abzuschaffen. Jedoch kam kurz vor der Wahl seines Nachfolgers die Einsicht, dass die cubanische Wirtschaft zu schwach sei.

Grund hierfür wird in dem durch die USA verhängten Handelsembargo gesehen. Obwohl Cuba nicht weit von der Küste der USA entfernt liegt, muss das Land Waren, Güter und Rohstoffe aus Ländern wie China, Russland oder Venezuela beschaffen. Sicher sind bestimmte Lebensmittel vom Embargo ausgenommen, jedoch werden sie direkt bezahlt... mit dem Geld der Exilcubaner, welches diese ihren Verwandten schicken. Venezuela gilt seit jeher als Retter Cubas, jedoch kämpft das Land mit eigenen Problemen. Zu Zeiten Fidel Castros wurden subventionierte Erdöllieferungen aus Venezuela mit der Entsendung von 30.000 Ärzten aus Cuba bezahlt. Pro Tag konnten es bis zu 30.000 Fass Erdöl sein. Heute versiegt die Quelle jedoch immer mehr.

Mit Argusaugen schaut Cuba derzeit auf Venezuela, wenn es um die anstehenden Präsidentschaftswahlen Ende Mai geht. Der wenige Bonus, den Cuba aus der Beziehung schöpft, könnte bald für immer ersterben. Und zwar, wenn es in Venezuela eine Invasion gibt oder eine pro amerikanische, rechte Regierung an die Macht kommt.

Doch Cuba schaut sich auch anderweitig um und konnte alte Partner wieder für Verhandlungen gewinnen. So wurden letztlich Verträge für die Öllieferung mit Russland geschlossen. Und ob der Erlass von Altlasten in Milliardenhöhe Cubas durch Russland ein

Am 16.Mai ab 17:00 Uhr trifft sich der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen.

Genosse Frank Dietrich, Merseburg, gibt eine Einführung zum Thema: „Das bedingungslose Grundeinkommen“.

geschickter Schachzug Putins sind, bleibt abzuwarten. Putin baut zumindest auf die Führung in Cuba, denn systemtechnisch hat sich hier nicht viel verändert. Auch nach Jahren nach der Revolution bleiben die geistigen Schöpfer dem Lande treu. Obwohl Raul Castro als Präsident zurückgetreten ist, bleibt er Oberkommandierender der Streitkräfte. Die Kommunistische Partei will er bis 2021 führen.

Sein Stellvertreter im Präsidentenamte folgt im nach: Miguel Diaz-Canel. Er hat sich in den 90 Jahren, zu Zeiten der Krise, als Elektroingenieur verdient gemacht und Notstromaggregate in Krankenhäuser installiert. Beobachter meinen, seine Helferrolle hätte ihm damals besser gestanden. Heute würde er sich sichtlich in seiner Haut nicht mehr wohl fühlen. Er wäre früher authentischer gewesen.

Raul Castro löste sich nach und nach vom Kurs seines Bruders Fidel und entmachtete dessen Vertraute. Er verschaffte seinen Anhängern Stück für Stück wichtige Positionen in der Wirtschaft. Also stehen alle Zeichen auf Gleichstand? Cuba ist uneins, und es wird wohl ein Streit unter den Herrschenden bleiben. Es gibt da die neocastrische Gruppe um Diaz-Canel, die das chinesische Modell präferiert. Raul Castros Verbündete plädieren für das Modell in Vietnam. Und da liebäugeln sie mit der Aufhebung des Embargos der USA, welche als eine Bedingung das Ende der Ära Castro forderte. Die ersten Ansätze einer besseren Beziehung hatte Obama vor zwei Jahren ins Leben gerufen, als er erst mal wieder einen Besuch seit der Revolution 1959 in Cuba als Präsident machte. Raul Castros Anhänger sehen da freudig auf die Geschichte Vietnam. Denn das verarmte kommunistische Vietnam konnte nach der Aufhebung des amerikanischen Embargos vor 20 Jahren wieder aufblühen.

Wir dürfen auch weiterhin gespannt nach Cuba blicken und schauen, ob das Wirtschaftsembargo wirklich der größte Stolperstein für die Entwicklung Cubas ist.

Daniela Müller

Redaktion Saalekreis

Buchvorstellung: Die Linke, die Völker und der Populismus

Bei einer Recherche letztens bin ich auf ein interessantes Buch gestoßen. Natürlich möchte ich Euch dies nicht vorenthalten. Deswegen ein kleiner Spoiler an dieser Stelle.

Das oben genannte Buch ist ein Jahrbuch der Plattform „transform! europe“, welche ich Euch als linken think tank in einer vorherigen Ausgabe vorgestellt habe. In der Ausgabe für das Jahr 2017 wurden wieder Artikel von linken Persönlichkeiten Europas veröffentlicht, u.a. Gregor Gysi. Ich habe mir zwei Artikel herausgegriffen. Der eine handelt von einer Umfrage, welche Zielgruppen linke Parteien in Europa ansprechen und von wem sie gewählt werden. In dem anderen Artikel wird sich mit der AfD beschäftigt, ein Gegner, der in vielen Parlamenten Deutschland Einzug gehalten hat.

Beginnen wir auf der linken Seite und betrachten konkret das Beispiel Spanien. Bei den Parlamentswahlen 2016 hat es eine linke Partei geschafft, eine andere, länger existierende Linke an den Rand zu drücken. Das hat viele Fragen aufgeworfen. Einer, Luis Ramiro (Professor für Politik an der Universität von Leicester, UK) hat sich mit einer Untersuchung dafür interessiert, wie es linksradikalen Parteien gelingt, den Konsens der Bürger zu treffen.

Zunächst sei einmal geklärt, was Luis Ramiro unter linksradikal versteht. Linksradikale Parteien sind Parteien, die die „herrschenden Wirtschaftsstrukturen, aber auch die gängigen Werte und gesellschaftliche Praxen in den gegenwärtigen kapitalistischen Systemen [ablehnen] und sich für eine alternative Wirtschaftsform und eine bessere Macht- und Ressourcenverteilung [einsetzen].“ (S. 164) Ramiro erstellt zunächst eine Ist-Analyse, die sich mit der Situation in Spanien beschäftigt. Bereits hier wird dem Forscher bewusst, dass die klassische linke Partei Izquierda Unida (vereinigte Linke) nicht die präferierten Wähler, die untere Klasse anzieht, sondern sich die Wählerschaft bereits auf die Mittelschicht verlagert hat. Ihrer Kontrahentin, der Podemos, ist es sogar gelungen, Wählerschichten anzusprechen, die die Izquierda Unida nicht gewählt hätten, trotz ihres ebenso linken Einschlags. Aber darauf kommt es nicht an. Denn die Podemos kann sich Wähler bedienen, die aus der Mittelschicht kommen, „die von der Krise und ihren Folgen sowie den vielen anderen politischen ökonomischen und politischen Umwälzungen verunsichert und frustriert sind.“ (S. 167)

Das selbe gilt übrigens für die Wähler der AfD, wenn man dem Beitrag auf S. 215 ff. glauben darf. „Die AfD wird in der politischen Debatte häufig als Protestbewegung der Abgehängten in der Gesellschaft, der Verlierer der Globalisierung, gesehen. [...] In den meisten Studien fällt auf, dass das Haushaltsnettoeinkommen überwiegend im Bereich der unteren und mittleren Mitte liegt. Was das rechtspopulistische Milieu von der Mehrheit der gesellschaftlichen Mitte unterscheidet, ist [...] eine ausgeprägte Angst vor der Zukunft.“ (S. 216/217) Exact bedeute dies, dass sich die AfD-Anhänger als „Zu-Kurz-Gekommene“ einschätzen, deren Leistung nicht anerkannt und schon gar nicht leistungsgerecht bezahlt wird. Der gesellschaftlichen Mitte fehlt es an Respekt.

Auf nachfolgenden Seiten legt der Autor dar, was einen Bürger dazu nötigt, die AfD zu wählen. Mittels knapper Punkte kann der Leser verfolgen, worin sich ein AfD-Anhänger als abgehängt betrachtet. Und ganz wichtig, was sind die Ursachen für eine solche Entwicklung? Denn zugegebenermaßen, die BRD heute ist im Europavergleich relativ unbedarft in Bezug auf eine rechte Entwicklung.

Im weiteren Verlauf des Artikels kann nachgelesen werden, welche Entwicklung die AfD bisher genommen hat und wie ihre Geschichte aussieht. Es wird verglichen, wie die AfD gegenüber anderen Parteien Europas dasteht und es wird konstatiert, dass die AfD eindeutig eine rechtspopulistische Position bezieht.

Neben den aufgeführten „Appetitmachern“ liefert das Buch eine Menge Quellen, in denen man separat nachschmökern kann und vielleicht z.T. auch sollte. Es liefert uns zumindest ausreichend Stoff, um beim nächsten Stammtischgespräch nicht ohne Thema dazustehen.

Die Linke, die Völker und der Populismus
VSA Verlag 2017
ISBN 978-3-89965-739-5
336 Seiten, 22,80 •

Die Linke, die Völker und der Populismus

VSA Verlag 2017

ISBN 978-3-89965-739-5

336 Seiten, 22,80 •

Daniela Müller

Redaktion Saalekreis